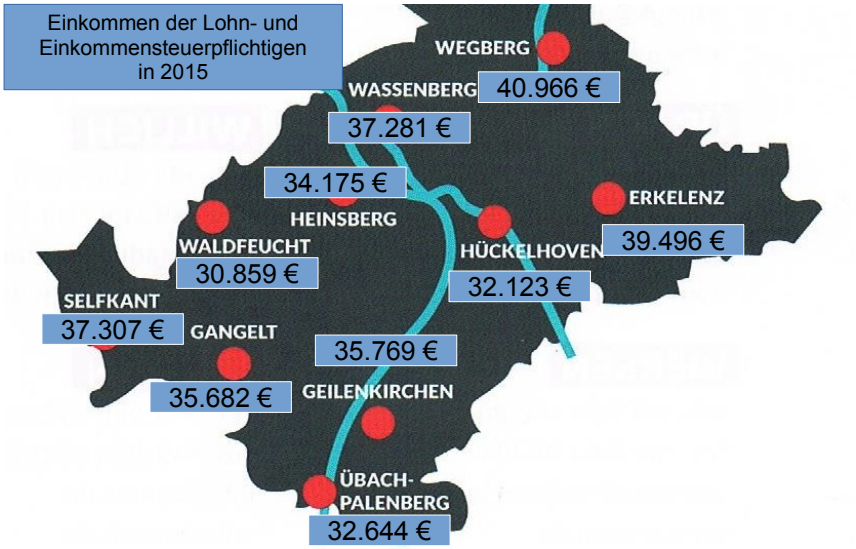
HÜCKELHOVEN SPD

Aktuell

April 2020



… am unteren Ende!

Beim Durchschnittseinkommen im Kreis

Es ist eine betrübliche Tatsache. Das Durchschnittseinkommen der Hückelhovener Bürgerinnen und Bürger ist eines der niedrigsten im Kreis Heinsberg und da der Kreis NRW-weit ebenfalls auf den hinteren Plätzen rangiert, sieht es auch hier nicht besser aus. Bei den 396 Städten und Gemeinden in NRW liegt Hückelhoven auf Platz 392. Das hat Konsequenzen.

Wie einer Veröffentlichung des „SDG-Portal“ zu entnehmen ist, leben 19,7 Prozent der Kinder und 15,4 Prozent der Jugendlichen in Hückelhoven in Armut.

Auch bei den sogenannten „Aufstockern“ und „Ergänzern“, also bei den Menschen deren Einkommen nicht zum Leben reicht und damit Leistungen für den Lebensunterhalt erhalten, liegt Hückelhoven im Kreis mit vorne. Zirka 1000 Bürger waren 2018 in Hückelhoven auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen.

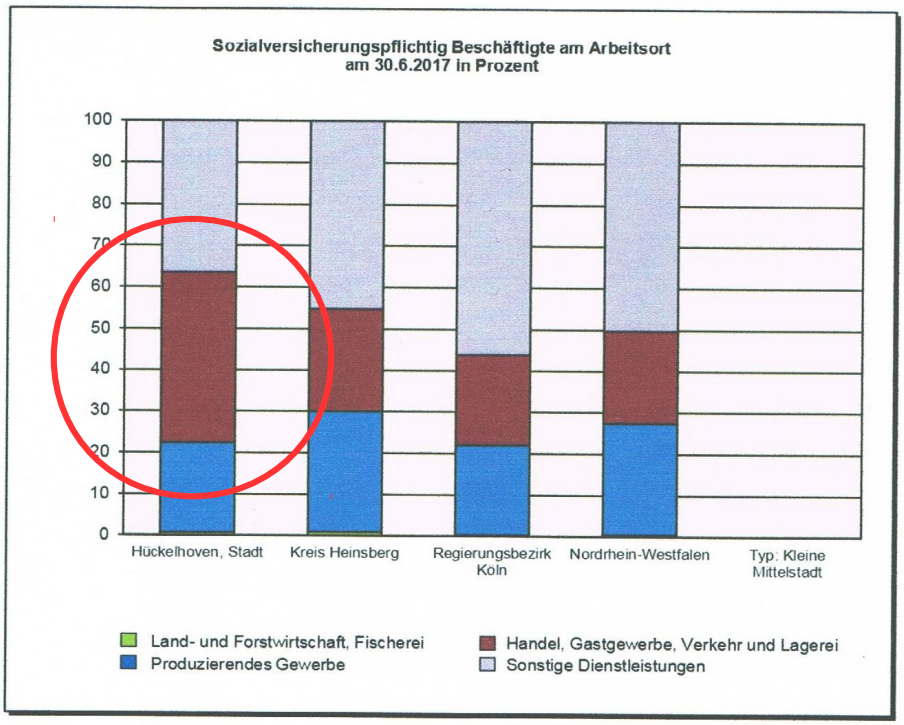
(Das Projekt „SDG-Indikatoren für Kommunen“ wird gemeinsam getragen durch die Bertelsmann Stiftung, das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, den Deutschen Landkreistag, den Deutschen Städtetag, den Deutschen Städte- und Gemeindebund, das Deutsche Institut für Urbanistik und Engagement Global mit ihrer Servicestelle Kommunen in der Einen Welt)

Das kommt nicht von ungefähr.

So erfreulich die Entwicklung des Einzelhandels für die Stadt auch ist, hat sich doch die Einzelhandelszentralität, damit ist die Entwicklung der getätigten Umsätze gemeint, welche von um die 80 in der Statistik sich auf über 120 erhöht hat, so bleibt die Tatsache, dass hier die Verdienstmöglichkeiten gering sind, auch durch die im Einzelhandel weit verbreitete Teilzeitarbeit.

Die Erhöhung der Einzelhandelszentralität bedeutet übrigens, dass bei einer Zahl über 100 Kaufkraft von anderen Städten und Gemeinden nach Hückelhoven abfließt, was schon einmal Unmut in den benachbarten Städten hervorruft.

Noch schlechter ist das Arbeitsentgelt allerdings im Logistikbereich, welcher in den letzten Jahren in Hückelhoven stark expandiert ist, hervorgerufen von einer entsprechenden Ansiedlungspolitik durch die Stadt.



Kommunalprofil Hückelhoven IT-NRW – deutlich zu erkennen der ausgeprägte Teil für Hückelhoven im Niedriglohnsektor

Dieser Frage müssen wir uns stellen. Nach Ansicht vieler Politiker, die ein ständiges Wachstum und damit auch einen ständig wachsenden Wohlstand propagieren, geht dies anscheinend.
Wobei ein wenig genauer nachgedacht und überdacht und die derzeitige Situation in Augenschein genommen, müsste man eigentlich als Ergebnis das genaue Gegenteil erhalten.

Unsere Erde: Wobei das „Unsere“ mit äußerster Vorsicht zu genießen ist. Denn wäre sie wirklich unsere Erde würden wir sehr viel vorsichtiger damit umgehen. Es gibt wohl kaum einen Menschen der sein Eigentum mutwillig zerstört. Unsere Erde hat nur endliche Ressourcen und damit kann es konsequenterweise kein unendliches Wachstum geben.

Schon heute tun wir so als ständen und über zwei Erden zur Verfügung. Wir beuten die Erde aus ohne Rücksicht darauf welche Folgen dies auch für die nachfolgenden Generationen hat. Man muss kein Prophet sei um zu verstehen, dass dies auf Dauer nicht weiter gut gehen kann.

Das heißt: Es kann und darf so nicht weiter gehen. Wir müssen etwas ändern. Doch was?

Eine wesentliche Rolle kommt dabei der Wirtschaft zu. Bei allem was durch die Politik beschlossen wird kommt schon reflexartig der Hinweis, bitte darauf zu achten, dass diese Beschlüsse keine negativen Folgen für die Wirtschaft haben dürfen zeitgleich mit dem Totschlag-Argument, dass Arbeitsplätze gefährdet sein könnten.

Das wäre verständlich und sicher richtig, wenn die Wirtschaft auch im Sinne der Menschen und der Gemeinschaft arbeiten würde.

Nur wie stellt sich unsere Wirtschaft heute dar? Sie ist einzig und allein darauf ausgerichtet Gewinne zu erzielen. Sie übernimmt keinerlei gesellschaftliche Verantwortung mehr. Wenn diese Gewinne dann nur noch Wenigen zu Gute kommen und diese dann auch noch auf eine Gewinnmaximierung drängen, dann ist das nicht mehr akzeptabel.

Wirtschaft darf kein Selbstzweck sein. Wirtschaft muss auch Verantwortung in der Gesellschaft, für die Menschen und die Umwelt überneh men. Sie darf nicht nur der Bereicherung Weniger dienen. Nur zur Verdeutlichung: Es geht hier nicht um Sozialismus oder Kommunismus, es geht um Verantwortung.
Hier muss ein Umdenken erfolgen. Vielleicht hilft dabei ja ein Blick in unser Grundgesetz. Hier steht im

Artikel 14: Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

Erinnern wir also die Wirtschaft und Diejenigen welche von ihr profitieren an diese Aufgabe.

Hier muss dann auch das Thema Nachhaltigkeit eine große Rolle spielen.

Was heißt Nachhaltigkeit? Laut Duden: Die moderne, umfassende Bedeutung im Sinne eines „Prinzip(s) nach dem nicht mehr verbraucht werden darf, als jeweils nachwachsen, sich regenerieren, künftig wieder bereitgestellt werden kann“.

Es geht also darum, die Ressourcen der Erde auch für nachkommende Generationen zu erhalten. Die „Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie“, Neuauflage 2016, ist überschrieben mit „Der Weg in eine enkelgerechte Zukunft“.

Im Leitbild der Stadt Hückelhoven ist die Nachhaltigkeit, auf Drängen von SPD und Grünen, festgeschrieben worden.

Jetzt gilt es, dass bei allen Entscheidungen in Politik und Wirtschaft die Nachhaltigkeit mit bedacht wird. Es gilt darauf zu achten, dass das Prinzip der Nachhaltigkeit angewandt wird.

Agenda 2030 –
Nachhaltige Entwicklung vor Ort

Die Agenda 2030 enthält Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs). Nachhaltige Entwicklung wird dabei als eine umfassende Entwicklung in ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht verstanden.

Verabschiedet wurde die Agenda 2030 im September 2015 von den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen. Sie ist gültig für alle Staaten dieser Welt – unabhängig davon, ob es sich um Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer handelt. Primär bezieht sich die Agenda 2030 auf die Ebene der Nationalstaaten. Relevant ist sie allerdings auch für die regionale und lokale Ebene ohne die staatliche Ziele in der Regel nicht erreicht werden können. Das „Herzstück“ der Agenda sind die 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung mit ihren 169 Unterzielen. Die Ziele beziehen sich auf so unterschiedliche Themen wie Armut, Gesundheit, Bildung, Energie, Arbeit und internationale Partnerschaft.
Zur Umsetzung der Agenda 2030 in Kommunen ist ein indikatorengestütztes Monitoring vorgesehen. Das heißt, es sind Indikatoren oder Kennzahlen zu definieren, mit denen die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele abgebildet und überprüft werden kann.

Eine „nachhaltige“ Kommune zeichnet sich dadurch aus, dass die verantwortlichen Akteure Ihre Entscheidungen für das Gemeinwesen generationengerecht, ganzheitlich und global ausrichten und dabei möglichst partizipativ vorgehen.

Während viele Kommunen bereits durch die Veröffentlichung entsprechender Berichte Transparenz über den Stand der nachhaltigen Entwicklung herstellen, gibt es noch keine bundesweit geeigneten Empfehlungen für ein Monitoring der Nachhaltigkeit und der damit verbundenen Steuerungsaufgaben auf kommunaler Ebene.

Hier setzt der Monitor Nachhaltige Kommune an. Im Auftrag und gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung hat das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) bereits einen ersten Katalog an Kernindikatoren in den für nachhaltige Entwicklung zentralen Handlungsfeldern erarbeitet. Dadurch sollen den Kommunen geeignete Kennzahlen für die Messung bestimmter Sachverhalte zum Thema „Nachhaltigkeit“ vorgeschlagen und realistische Maßstäbe für die Selbsteinstufung geliefert werden. Insgesamt soll der Monitor so praxisgerecht wie möglich gestaltet werden. Deshalb ist eine enge Kooperation mit den Kommunen und den kommunalen Spitzenverbänden sowie weiteren Projektpartnern vorgesehen.

Die Zahlen für Hückelhoven findet man übrigens unter www.sdg-portal.de. (siehe auch Seite 1)

Bezahlbares Wohnen

Wohnen ist elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge. Nur ein Mehr an Wohnungsbau stabilisiert die Miet- und Eigentumspreise. Dazu gehört der öffentlich-geförderte Wohnungsbau.
(Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung NRW)

Es ist zwar nicht so dramatisch wir in den Großstädten Berlin, München oder Köln, aber auch in Hückelhoven fehlen bezahlbare Wohnungen für eine Vielzahl von Bürgern.

Eine Ursache dafür ist sicher auch, dass es immer weniger öffentlich geförderten Wohnraum = Sozialwohnungen gibt.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, dass wieder öffentlich geförderter Wohnraum geschaffen wird. Um dies zu ermöglichen müssen entsprechende Flächen zur Verfügung gestellt werden. Hier sind die Kommunen gefordert. Ihr Aufgabenbereich ermöglicht es, dass auf kommunalem Gebiet Flächen für den sozialen Wohnungsbau reserviert werden.

Das wird in Hückelhoven allerdings nicht praktiziert. Hier setzt man in Neubaugebieten ausschließlich auf Einfamilienhäuser.

Auch wenn junge Familien eine extra Förderung durch die Stadt erhalten können, wird hierdurch kein bezahlbarer Wohnraum geschaffen. Da reicht auch nicht, dass durch einen Umzug ins Eigenheim die eine oder andere Wohnung im Stadtgebiet frei wird.

Mieter viel stärker armutsgefährdet als Eigentümer

BERLIN Jeder vierte Mieterhaushalt in Deutschland ist armutsgefährdet. Bei Personen, die in den eigenen vier Wänden wohnen, sind es nur 8,5 Prozent. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage der Linken-Abgeordneten Sabine Zimmermann hervor. Konkret beträgt die so genannte Armutsrisikoquote von Personen in Mieterhaushalten 24,6 Prozent. Mieter sind damit fast drei Mal so häufig von geringen bis sehr geringen Einkommen betroffen als Wohnungseigentümer.

aus Heinsberger Nachrichten 23. Januar 2020

Ungerecht behandelt?

Zumindest müssen sich die Bürger in NRW und somit auch in Hückelhoven so fühlen, wenn sie zur Zahlung von Straßenausbaubeiträgen aufgefordert werden. Zurecht – auch aus Sicht der SPD.

Es ist nicht zu vermitteln, dass diese in Nordrhein-Westfalen gezahlt werden müssen, während in neun der sechzehn Bundesländer diese abgeschafft worden sind.

Solange es keine bundeseinheitliche Lösung gibt, solange sollte auch NRW auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen verzichten.

Leider sieht es so aus, dass die schwarz/gelbe Landesregierung diese Ungerechtigkeit beibehalten wird.

Auch die diversen Bürgerinitiativen und die Übergabe von über 470.000 Unterschriften von Bürgern, welche die Abschaffung der Beiträge gefordert haben, durch den Bund der Steuerzahler konnte diese Regierung nicht bewegen, auf eine Beibehaltung zu verzichten.

Panoptikum

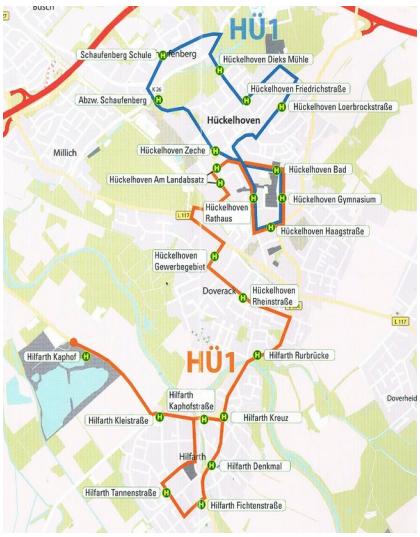
… unter anderem eine Sammlung von Kuriositäten (Wikipedia)

So könnte man das Ergebnis des Gesprächs bei der Stadtverwaltung in Hückelhoven bezüglich des Antrags der Stadtratsfraktion zu Thema „Radfahren in Hückelhoven – eine Bestandsaufnahme“ bezeichnen.

- Verkehrsschilder deren Zweck nicht erkennbar ist und von denen nicht bekannt ist wer sie aufgestellt und wer für die Aufstellung verantwortlich ist.
- Radwege die nicht benutzt werden sollen, bzw. nicht benutzt werden dürfen, weil die rechtliche Grundlage – sprich Beschilderung – fehlt.
- Eine Polizeibehörde die darauf besteht, dass Fahrradfahrer grundsätzlich auf der Straße sicherer unterwegs sind und auf innerstädtische Radwege lieber ganz verzichten würde.
- Eine für Straßen zuständige Behörde – sprich Straßen NRW – welche sich so verhält, dass Verbesserungen bei den Radwegen, für die sie zuständig ist, so gut wie gar nicht möglich sind.

Erfreulich ist, dass dieses Gespräch trotzdem nicht ohne Ergebnis geblieben ist. So wurde vereinbart:

- darauf hinzuwirken, dass überflüssige Schilder entfernt werden.
- bei Radwegen bei denen keine Benutzungspflicht mehr gegeben ist und die dazugehörige Beschilderung entfernt wurde, durch das Aufbringen von Piktogrammen dem Radfahrer das Befahren dieses Weges wieder ermöglicht wird. Er kann damit entscheiden, ob er lieber auf der Straße oder auf dem Radweg unterwegs ist.
- Wo eine Beschilderung fehlt diese ergänzt wird.
- Bei Punkten, bei denen keine Einigung erzielt wurde, die Stellungnahme der AGFS (Arbeitsgemeinschaft Fahrrad- und Fußgänger freundliche Städte) im Zusammenhang mit dem Aufnahmeantrag der Stadt abzuwarten.
- Bei Straßeneinmündungen und stark frequentierten Ausfahrten die Autofahrer durch eine farbliche Markierung auf den querenden Fahrradweg aufmerksam zu machen.



HÜ 1 – die neue Stadtbuslinie
Ein Erfahrungsbericht

Eigentlich war es wie immer wenn es darum ging die Qualität des ÖPNV im Kreis Heinsberg zu testen. Das Ergebnis war nicht zufriedenstellend. Diesmal ein ganz aktueller Anlass. Es ging um die neue Stadtbuslinie HÜ 1 in Hückelhoven, welche seit Anfang des Jahres im Einsatz ist.

Naturgemäß sollte es von der von mir am kürzesten zu erreichenden Haltestelle ausgehen. In diesem Fall von der Haltestelle Tannenstraße in Hilfarth. Also ging es zunächst zu der bekannten Haltestelle. Da gab es zu meiner Verwunderung eine Überraschung. Hier fuhr keine Buslinie HÜ 1 ab. Es gab auch keinen Hinweis auf die Linie HÜ 1.

Glücklicherweise hatte einige Zeit vorher gesehen, dass auf der Tannenstraße ein zusätzliches Haltestellenschild aufgestellt worden war. Damit lag nahe nachzuschauen ob dies mit der HÜ 1 in Verbindung zu bringen ist. Und tatsächlich es war so.

Glück gehabt!

Wäre das nicht so gewesen, wäre vermutlich mein Test, bevor ich in angefangen hatte, schon beendet gewesen.

Ich konnte daher das Problem lösen und stand an der richtigen Haltestelle als der Bus pünktlich zur angegeben Zeit ankam. Lobenswert wäre es gewesen, wenn an der bekannten Haltestelle ein Hinweis auf die neue Abfahrtstelle vorhanden gewesen wäre.

Die ganze Situation hat sich mehr als ein Provisorium dargestellt. Interessant wäre schon, wie hier eine endgültige Lösung aussehen soll.

Gespannt war ich auf die Reaktion des Busfahrers. Die Linie HÜ 1 teilt sich nach den vorhandenen Informationen in zwei Teilbereiche. Einmal der Bereich Rathaus bis Schaufenberg und zurück und zum zweiten Hilfarth Rathaus und zurück. Da ich ja die gesamte Strecke testen wollte, habe ich ein Ticket von Hilfarth nach Schaufenberg gelöst. Ohne Probleme. Für 1,70 Euro konnte ich von Hilfarth nach Schaufenberg fahren (Auch wieder zurück). Das war OK!

Wie soll ich es formulieren? Als Einheimischer hätte ich wahrscheinlich keine Probleme an der richtigen Haltestelle auszusteigen. Wenn ich mich allerdings nicht auskenne schon. Es gab keinerlei Information, in den von der West als moderne Fahrzeuge deklarierten Busse. Weder akustisch noch optisch zu den Haltestellen. Akustisch gab es nichts. Eine optische Anzeige war vorhanden, nur wenn diese von Schaufenberg bis Hilfarth als nächste Haltestelle „Abzweig Schaufenberg“ anzeigt, ist das nicht unbedingt hilfreich.

Dazu zählt dann auch ein Hinweis, dass die Haltestelle „Am Landabsatz“, bedingt durch Baumaßnahmen nicht angefahren wird.

Zusammenfassend könnte man sagen:

HÜ 1 – die (noch?) UNVOLLENDETE!

Um hier Verbesserungen zur erreichen hatten wir einmal Udo Winkens, Geschäftsführer der WestVerkehr, Ende Januar unseren Erfahrungsbericht übermittelt. Leider haben wir bis heute keine Antwort darauf erhalten, konnten aber Anfang März bei einer erneuten „Rundfahrt“ mit der HÜ 1 einige Veränderungen feststellen.

Die Beschilderungen an den alten Haltestellen an der Tannenstraße waren entfernt und ein Hinweis auf die neue Haltestelle angebracht worden. Im Bus war die optische Information vorhanden und funktionierte anfangs auch. Damit war Schluss als die Haltestelle Landabsatz als nächste Haltestelle auf dem Bildschirm angezeigt wurde. Da diese Haltestelle bedingt durch eine Baustelle nicht angefahren werden konnte, kam das ganze System durcheinander. Nicht nur die Haltestelle Landabsatz sonder auch die Haltestellen Bad, Gymnasium und Haagstraße wurden nicht bedient. Eine Information der Fahrgäste erfolgte nicht.

Auf der Rückfahrt von Schaufenberg aus dann das nächste Chaos. Die Haltestelle Abzweig Schaufenberg wurde erst angezeigt als man schon daran vorbei war. Dann gab es keine Anzeige mehr.

Nur noch ein Pfeil war zu sehen. Damit stand fest: Die Information der Fahrgäste funktionierte immer noch nicht. Auf eine akustische Information wurde ganz verzichtet. Es besteht weiterhin Handlungsbedarf.

Das neue Ärztehaus am Landabsatz

… wächst zusehends und wird für viele Bürger ein Zugewinn bei der ärztlichen Versorgung sein.

… vom Saulus zum Paulus?

Noch Ende vergangenen Jahres hieß es, dass auf dem Neubau der Grundschule in Hilfarth aus wirtschaftlichen Gründen keine Photovoltaikanlaage zum Einsatz kommen wird.

Auch für das neue Kindergartengebäude, ebenfalls in Hilfarth, war keine derartige Anlage vorgesehen.
Eigentlich unverständlich da doch jedem bekannt ist, dass zur Erreichung der Klimaschutzziele der Ausbau der erneuerbaren Energien notwendig ist. Außerdem hat sich der Rat der Stadt dafür ausgesprochen, auf allen neuen städtischen Gebäuden, wo immer möglich Photovoltaikanlagen zu installieren.

Dann kam die Wende. Beim ersten Spatenstich für die neue Grundschule stellte Bürgermeister Bernd Jansen den Einsatz von Photovoltaik in Aussicht. Eine entsprechende Anlage für den Kindergarten ist beschlossen.

Womit diese Kehrtwende zu begründen ist, kann nur vermutet werden. Bleibt nur zu hoffen, dass dieser Sinneswandel auch noch nach der Kommunalwahl im September bestehen bleibt.

Kommunalwahl 2020

Die Vorbereitungen für die Kommunalwahl am 13. September laufen auf Hochtouren.

Das Wahlprogramm wurde vom Wahlkampf-Team vorbereitet und durch den Vorstand des Ortsvereins nach einer intensiven Beratung für gut befunden.

Die Kandidatenfindung für die 22 Wahlbezirke im Stadtgebiet ist fast abgeschlossen und für das Bürgermeisteramt gibt es auch eine Kandidatur. Als einziger Kandidat geht hier Heinz Meißner aus Hilfarth ins Rennen.

Heinz Meißner

Bei der Mitgliederversammlung am 24. April soll dann das Wahlprogramm beschlossen, die Kandidaten für die Wahlkreise und der Bürgermeisterkandidat nominiert sowie die Reserveliste aufgestellt werden.

Danach geht es dann an die Bestellung und Produktion der für den Wahlkampf benötigten Werbemittel. Das Programm, Plakate und Kandidatenflyer müssen gedruckt, die Give aways bestellt, ein Fotoshooting für die Fotos der Kandidaten für die Plakate muss organisiert und Termine koordiniert werden. Also ist eine Menge zu tun bevor dann Ende Juli der Endspurt für die Kommunalwahl beginnt.

Aus unserem Wahlprogramm:

- Gut bezahle Arbeitsplätze!
Weg von Neuansiedlungen im Niedriglohnsektor.

- Teilhabe!
Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Förderung von Familien mit Kindern.

- Wohnen muss bezahlbar bleiben!
Förderung des sozialen Wohnungsbau durch zur Verfügung stellen von geeigneten Flächen in städtischen Neubaugebieten.

- OPNV!
Mit der Stadtbuslinie von allen Stadtteilen in die City, mit kostenfreien Angeboten an Wochenenden und an verkaufsoffenen Sonntagen.

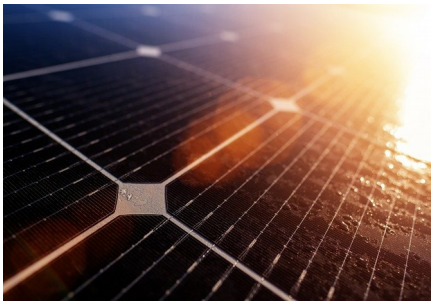
- Reaktivierung von Bahnlinien
Erweiterung der RB 21 von Linnich nach Baal und Verlängerung der RB 35 von Möchengladbach nach Ratheim.

- Radfahren!
Radfahren soll Spaß machen. Dafür muss die Infrastruktur ausgebaut werden.

- Verkehr!
Verbindungsstraße von der B 57 zum Gewerbegebiete Baal/Doveren

- Klimaschutz!
Nachhaltigkeit in allen Bereichen.

- Erneuerbare Energie!
Die Möglichkeiten der Stadt nutzen. Photovoltaikanlagen wo immer möglich.



- Barrierefreiheit!
Auch in den Stadtteilen und nicht nur wie bisher nur in der City.

- Freizeit!
Ein Naherholungsgebiet am Freibad in Brachelen mit Spazierweg um den See und weiteren Angeboten.

www.spd-hueckelhoven.de

meine SPD

Aus den Stadtteilen:

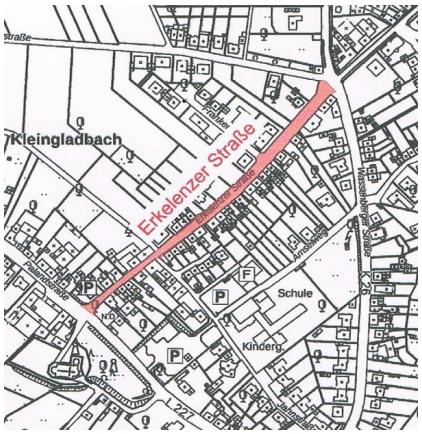
Brachelen

In Brachelen wird ein neues Dorfgemeinschaftshaus gebaut. Der Planungsauftrag dafür wurde an ein Ingenieursbüro vergeben. Damit können die notwendigen Planungen für den Neubau am Fochsensteg beginnen.

Kleingladbach

Die Sanierung der Erkelenzer Straße wird jetzt in Angriff genommen. Sie war durch die Stadtverwaltung zurück gestellt worden. Es sollten zunächst die Änderungen beim KAG (Kommunal Abgaben Gesetz) durch die Landesregierung abgewartet werden, damit die Anwohner die in Aussicht gestellten Fördermittel in Anspruch nehmen können. Anzumerken ist, dass die schwarz/gelbe Landesregierung auf den von vielen Bürgern geforderte Verzicht auf Straßenausbaubeiträge nicht eingegangen ist.

Grundsätzlich wurden, laut Aussage der Verwaltung, die bei den Gesprächen mit den Anwohnern vorgebrachten Anregungen und Wünsche soweit wie möglich berücksichtigt.



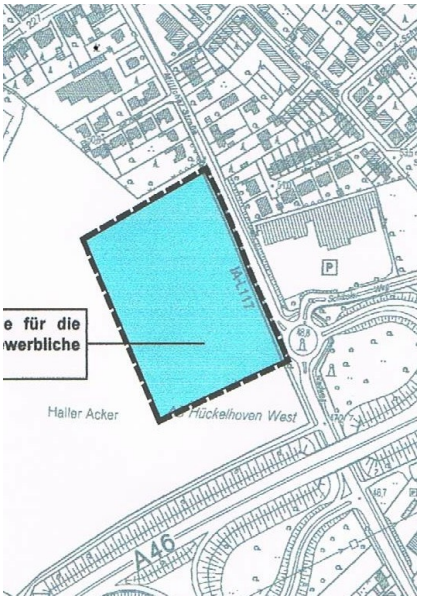
Hilfarth

Der erste Spatenstich für den Neubau der Grundschule in Hilfarth am 24. Januar.

Ratheim

Nachdem die vorgesehene Gewerbeansiedlung im Baugebiet „Haller Acker“ nicht realisiert werden konnte, wird jetzt hierfür ein neues Gesamtkonzept erarbeitet.

Um aber vorab Gewerbeansiedlungen entlang der L 117 zu ermöglichen, gab hierzu der Rat der Verwaltung grünes Licht.



Hückelhoven

Rußrindenkrankheit am Friedhof!

Die Rußrindenkrankheit ist eine Pilzerkrankung an Ahornbäumen, hervorgerufen durch trockenes, heißes Klima und Wasserknappheit.

Befallene Bäume sind nicht zu retten, müssen gefällt und entsorgt werden.

Im vergangenen Jahr wurde an dem Ahornbestand hinter dem Friedhof Am Lieberg dieser Befall festgestellt. Folgerichtig wurden die befallenen Bäume gefällt. Allerdings wurden diese, wie eigentlich notwendig, zunächst nicht abtransportiert und entsorgt. Entsorgt heißt in diesem Fall die Verbrennung in einer Müllverbrennungsanlage. Als Brennholz kann das befallene Holz nicht verwandt werden.

Bei Inhalation können die Pilzsporen schwere Entzündungen der Lungenbläschen auslösen, die von Reizhusten, Fieber, Atemnot und Schüttelfrost begleitet sind.

Auf Nachfrage bei der Verwaltung hieß es dazu: Solange das Holz feucht ist, besteht keine gesundheitliche Gefahr für die Bevölkerung. Erst bei Trockenheit wäre das der Fall.

Zwischenzeitlich wurden die Bäume entsorgt. Wie dabei vorgegangen wurde und was nach dem Abtransport zurück blieb lässt Fragen offen. Ein Teil das Holzes wurde gehäckselt, mit den dabei entstehenden Rückständen (Späne) auf dem Boden. Und handelt es sich dabei sowie bei dem zurück gelassenen „Kleinholz“ um belastetet Material und was geschieht damit?

www.spd-hueckelhoven.de

Impressum: Herausgeber SPD Hückelhoven
V.i.S.d.P Heinz Meißner
Redaktionelle Beiträge und Zuschriften sind zu richten an:
Heinz Meißner, Nelkenweg 4,
41836 Hückelhoven
hmeissnerspd@new-online.de